

Der erste Schein einer Morgenröte

Das Volksblatt erscheint jeden Montag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Welt“. Überlangt eingehenden Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das Volksblatt ist das Publikationsorgan der gesellschaftlichen und gewerblichen Organisationsvereine in sämtlichen Provinzen der Provinz Preußen. — Schriftleitung: Hara 42/44, Gabelstraße, am Kreuzweg, Fernsprech-Anschluß 4067. Verlagsanstalt: Kurlandstraße 11/12 bis 1 Uhr.

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Volksbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt, 2,30 Mark mit Postgelde, am Postamt abontiert 2,40 Mark. Einzelheftpreis: 8 Hfr. im Abonnement und 40 Hfr. im Retailverkauf. — Schriftleitung: Hara 42/44, Gabelstraße 27. — Postfachkonto 20318, Erfurt.

Der erste Schein einer Morgenröte

Glänzender Erfolg Herriots.

Die Ergebnisse von London mit großer Mehrheit begünstigt. Die französischen Kommunisten klar im Arm mit den Monarchisten und Poincaristen gegen die Verständigung.

Paris, 25. August. (Eig. Drahtbericht.) In einer neuen Nachtigung vom Sonnabend zum Sonntag, die sich bis 10 Uhr morgens hinzog, hat die Kammer die Debatte über die Londoner Konferenz zu Ende geführt. Sie hat zum Schluss eine von den Parteien des Linksblocks gemeinsam eingebrachte Tagesordnung mit 336 gegen 204 Stimmen angenommen. Diese begünstigt die Regierung, durch die Einführung des Prinzips der nationalen Schiedsgerichtsbarkeit eine praktische und friedliche Lösung des Reparationsproblems im Geiste der nationalen Zusammenarbeit und Eintracht erreicht zu haben und spricht ihr das Vertrauen aus, daß sie in den künftigen Verhandlungen über die interalliierten Schulden sowie gelegentlich der letzten Tagung des Viererbundes das Wort der Gerechtigkeit bzw. des Friedens torjahren wird und so die Sicherheit Frankreichs und die Wiederanfrischung Europas gewährleistet ist.

Paris, 24. August. (Eig. Drahtbericht.) In der Kammer führte am Sonnabendvormittag die von dem ehemaligen Vorsitzenden der Reparationskommission, Dubois, an den Londoner Verhandlungen geübte Kritik zu unterbrochenen Zwischenfällen. Als Dubois dem Ministerpräsidenten den Vorschlag machte, in London die Rechte Frankreichs preisgegeben zu haben, kam es zu heftigen Unterbrechungen durch die Mehrheit, die den Redner vernichtete. Seine Ausführungen abzubrechen. Die Sitzung wurde sogar vorübergehend aufgeschoben. Letzter dem demontierten Weisfall der Linken wies Herriot dann die an dem Ergebnisse der Londoner Konferenz geübte Kritik mit der Bemerkung zurück, daß er es für besser gehalten habe, um realer Resultate willen Zugeständnisse zu machen, als jene Politik fortzusetzen, die jedesmal einen großen Sieg erzielt zu haben glaubt, wenn sie in irgendeiner juristischen Auseinandersetzung nicht siegreich und wirksame Entscheidungen zu ihren Gunsten durchsetzen vermöge. Am wichtigsten seien die Erfolge, die Dubois und die Reparationskommission in der Vergangenheit erzielt hätten, nämlich nicht nur angestanden, zu einer solchen Kritik der Zukunft zu berechtigen. Seit Jahren habe die Reparationskommission für sie nichts erreicht und das französische Volk, das endlich wirksame Reparationsleistungen sehen wolle, sei der ewigen theoretischen Diskussionen gründlich müde. — In der Nachmittags Sitzung kam es zu neuen heftigen Zusammenstößen zwischen Herriot und dem ehemaligen Wiederparlamentarier Heibel. Herriot ergriff wiederholt das Wort, um die von ihm bisher geführte Politik nicht nur zu verteidigen, sondern den Nachweis zu führen, daß die Politik Herriots geradezu verhängnisvoll für Frankreich gewesen ist. Wenn man wirklich den Frieden will, so müsse er auf wirtschaftlichen Beziehungen aufgebaut werden. Jeder andere Friede sei nur ein trügerischer Schein. Frankreichs Aufgabe liege, den anderen Völkern auf diesem Wege voranzugehen, sie zu führen und ihnen zu helfen und die Schwertgeheulen, auf die sie dabei stoßen würden, zu überwinden. Nicht durch Zwang und nicht durch Mittel des Gewalt, nicht durch die Tat und nicht durch Ultimaten könne der Zustand eines dauernden Friedens erreicht werden, wie ihn die französische Regierung erstrebt. Darüber hinaus aber dürfe man nicht verzeihen, daß dauernde Unterbrechungen der Arbeit eines Landes eines Tages zum Zusammenbruch führen müsse und daß Frankreich nach den langen Jahren übermenschlicher Anstrengungen der Ruhe bedürfte, um Ordnung im Innern zu schaffen und seine schwer zerrütteten Finanzen und seine Währung zusammenzunehmen zu können. Dem Parlament habe es freilich, den von der Regierung beschlossenen Weg zu verlassen und die Fortführung der bisherigen Politik, die Frankreich von Enttäuschung zu Enttäuschung geführt habe, zu beschließen, aber er halte es für jene Pflicht, auf die Geschehen aufmerksam zu sein, die Frankreich daraus entstehen würden. Die Verzerrung der Londoner Beschlüsse bedeute für Frankreich nicht nur eine neue Währungsnotlage, sondern die Wästelung zur Fortführung der Gewalt, weit gefährlicher noch, als sie früher gewesen sei. Die Regierung könne sich nicht, in London einen großen Sieg errungen und glänzende Erfolge nach Hause gebracht zu haben, aber sie habe das Bewußtsein, ein anständiges und ehrliches Wort vorgebracht zu haben, ein Wort, das auf Verzicht und Abgleichung ausgedeutet sei. Derzeit schlafe sie heute noch nicht den Frieden, aber die berechtigte Hoffnung auf diesen Frieden wünsche ich. Ich bringe den ersten Schein einer Morgenröte, die das Ende einer in Blut getauchten Nacht von Leben und Schmerzen anbringt.

In den Kreisen der Linken herrscht über das Abmahnungs-ergebnis allgemeine Beunruhigung, insbesondere weil jetzt bewiesen ist, daß die Behauptung der Gegner, die Mehrheit des 11. Mai sei ein Produkt des Zufalls, Ungegründet ist. Die Mehrheit der Kammer, die die Ergebnisse der Londoner Verhandlungen begünstigt und damit die Regierung Frankreichs zu ihrer endgültigen Unterzeichnung autorisiert hat, reicht von den Sozialisten bis zu den Gruppen der radikalen Linken (Fraktion Loucheur) hinaus bis in das Lager der Linksblokkisten, von denen eine große Anzahl getrennend die eigene Reaktion stimmte. Gehehen haben gegen

die Ratifikation der Londoner Beschlüsse mit der äußersten royalistischen Mehrheit und Anhängern des Nationalen Blocks die Kommunisten (1) getrennt.

Der letzte Tag der Interpellation brachte den Generalstimm der Gegner des Ministeriums. Nicht weniger als vier ehemalige Mitglieder des Kabinetts Poincaré nahmen daran teil. Herriot, der getrennt ungenötigt gut in Form war, blieb jedoch auf seinen Angriff die Antwort schuldig und erhob sich, nachdem er in scharf ausgeprägten polemischen Zwischenbemerkungen die Argumente widerlegt hatte, mit denen die Anhänger der Gewaltpolitik das Wort der Verständigung jabolieren zu können glauben, in einer Schlussrede zu einer Größe der politischen Moral und zu einem Abteil der Genugtuung, der selbst die lautesten Schreien des Nationalen Blocks verstummen ließ. „Mit einem Schlag“, so beschrieb er die „Quotidien“ den Eindruck dieser Rede, „sprengte er die Fesseln, die die Gegner ihm anlegen versuchten, vertauschte er die Rollen und ließ jene zu Bräuten werden, die sich der Erfolglosigkeit ihrer eigenen Politik bewußt waren. Am eindrucksvollsten, man möchte fast sagen: am rührendsten war der Ton, in dem er zu ihnen sprach. Er hatte sich zum Ziel gesetzt, seine Gegner durch sanfte Ueberredung und durch den Appell an den gesunden Menschenverstand zu überzeugen. Wie ein guter Herr verstand er ihnen zu zeigen, was ihre eigenen Kräfte bisher aus eigener Kraft nicht zu leisten vermochten. In der Tat hat Herriot getrennt einen großen Erfolg erzielt, wie sie in einem französischen Parlament seit Kriegsausbruch nicht mehr gehört worden sind. Entweder, so führte er aus, müsse man den Dames-Pan in Kauf und Wagen abgeben oder man müsse sich der Notwendigkeit beugen, daß er eine ständige Zusammenarbeit nicht nur zwischen den Alliierten selbst, sondern zwischen diesen und Deutschland erfordere. Man müsse endlich Schluss machen mit dem Sophismus, daß, um Frankreich Leben zu lassen, Deutschland ruiniert werden müsse.

Die Zustimmung Bayerns.

Ministerpräsident Heide: Ein Nein würde dem deutschen Volke den Haß der ganzen Welt zuziehen und zur Katastrophe führen.

München, 24. August. (Eig. Drahtbericht.) Am Sonnabend erhaltete der bayerische Ministerpräsident im Zusammenhange des Bundestages einen Bericht über die Ministerpräsidentenkonferenz und teilte gleichzeitig die Haltung seiner Regierung zu den Londoner Vereinbarungen mit. Heide führte u. a. aus: Bei Berücksichtigung aller Umstände kann dem Londoner Abkommen die Zustimmung nicht verweigert werden. Wer hier „Nein“ sagt, um einen besseren Weg anzugehen. In der sehr wichtigen Eisenbahnfrage hat das Organisationskomitee leider beschlossen, daß Bayern eine eigene Betriebsgesellschaft nicht zugelassen werden kann. Unglücklich dieses Beschlusses war es unendlich, daß Bayern dem Eisenbahngesetz seine Zustimmung gab. Wenn ich aber „Nein“ gesagt hätte, so hätte ich das Ganze aufs Spiel gesetzt. Mit dem Reich sind aber Abmachungen getroffen worden, die eine bayerische Eisenbahnverwaltung in Form einer Aktiengesellschaft recht ermöglichen. Es ist außerordentlich getreu, die Reichsregierung zu betonen, den bayerischen Standpunkt bei der bayerischen Eisenbahn für sie als verpflichtend anzuerkennen. Den Völkern erwiderte Heide, es sei ihm nicht möglich gewesen, in einem Augenblick, wo es sich um Leben und Sterben des deutschen Volkes handelte, ein „Nein“ zu verhängen, dessen Ablehnung zu einer Katastrophe für ganz Deutschland hätten führen können. Er könne es nicht mit seinem Gewissen verantworten. „Nein“ zu sagen. Schwer betrübt es ihn, daß sie sich in Deutschland auch heute noch die Dinge vom entgegengekehrten Standpunkt aus betrachten.

Ablehnung bedeutet Zusammenbruch des Handwerks.

Der Rheinische Landvertrieb nahm einstimmig eine Entschließung an, in der er an den Reichstag den dringenden Appell richtet, den Londoner Beschlüssen zuzustimmen, da deren Ablehnung für das Handwerk den Zusammenbruch bedeuten würde.

Die Zukunft der Eisenbahnbeamten.

Der Auswärtige Ausschuss erledigte am Sonntag in zehntägiger ununterbrochener Sitzung die Gegenstände über die Industriearbeiterschaft, die Aufhebung dieser Anstaltsverwaltung und über die Reichsbahn. Außerdem wurden mehrere Resolutionen angenommen wegen der Sicherstellung der Rechte der Beamtenschaft bei der Reichsbahn. Bei der Beratung des Reichsbahngesetzes bejahte Staatsminister Vogt dem Reichsgerichtsdirektorium die Vorfrage, ob alle Beamten am 1. Oktober in die neu zu gründende Reichsbahnbeamtenliste aufgenommen werden. Die Unklarheit der Reichsbahnbeamten ist grundsätzlich im Gesetz anerkannt. Um die zuvor verlangte Umwandlung der Reichsbahnbeamten in Angehörige zu vermeiden, war es unumgänglich, den nicht aktiven Beamten eine Gesellschaft des Reichsbahnbeamten zu machen, ungenötigt aber übertragbare Beamte jederzeit abgeben zu können. Selbstverständlich muß sichergestellt werden, daß dabei nur sachliche Gründe maßgebend sind. Die Abhandlung sei im übrigen er-

Deutschnationales Gaukelspiel

„Ihr Unfall ist umso sicherer, je fester sie sich zeigen.“ Aus Berlin wird uns von unserem ständigen Mitarbeiter über die deutschnationale „Leberzungenstreue“ geschrieben:

Es ist am Freitag liegen die Deutschnationalen offiziell erklären, daß sie das Dawes-Gutachten und die mit ihm zusammenhängenden Gesetze umbedingt und ohne Rücksicht auf parteipolitische Interessen aus unparteiischen Gründen ablehnen. In Ergänzung dieser Erklärung vertritt die „Leberzungenstreue“ in ihrer Sonntagsausgabe, daß sich an den Entschlüssen und Absichten der Fraktion nichts geändert hat. „Und nichts ändern wird“ Bezeugung, wenn wir diese indiskrete und unangenehme Frage stellen! Wer sie ist angebracht, nachdem jetzt selbst ein Teil der Deutschnationalen nicht eher an die „feste Haltung“ ihrer Fraktion glaubt, als bis die Zustimmung überflüssig werden. Kein Wunder also, wenn ein Leberzungenstreuer am Sonnabend die deutschnationale Leberzungenstreue in die Worte redete: Ihr Unfall ist umso sicherer, je fester sie sich zeigen. Dieser Ausdruck ist in der Tat mehr als begründet, denn der Substanz hat in jüngster Vergangenheit begonnen und die Herren der Rechten haben im Reich, das „weite Reich“ bzw. die „Verflattung“ zu schließen, um später mit dem „Kaiser Mac Donald“ und dem „Mörder Herriot“ — wie die „Leberzungenstreue“ diese beiden Männer nennt — zu verhandeln. Den Gegnern der Erfüllungspolitik ist also der Eintritt in die Regierung schon eine Welle wert. Sie sind zu einem großen Teil bereit, für die Beteiligung an der Vorkämpfer jeder Gesinnungswandel von heute auf morgen zu verzichten und bis zum „Mittelpunkt“ der „Leberzungenstreue“ und nachpolitische Gründe anzunehmen, was bisher aus „nationalen Pflichtgefühl“ abgelehnt werden sollte. Vorläufig ist der von der Volkspartei empotete Substanz unüberwindlich, weil das Zentrum und die Demokraten abgelehnt haben, die deutschnationale Leberzungenstreue zum Anlaß eines politischen Geschäftes zu machen. Wie lange das geschieht, möchten wir vorläufig dahinstellen lassen.

Vorläufig bleibt es jedenfalls bezeichnend, daß die Deutschnationalen über eine Genehmigung, die sie jetzt 5 Jahre lang ihrer Partei wegen verweigern haben und in deren Verfolg sie die Reichsminister Herberger und Rathenau mehrmals hinsichtlich der Lehren verhandeln. Daraufhin suchen sie den Ausweg, indem sie gegen die eigenen Fraktion auf der Ablehnung beharren. Ein Vorfall im Auswärtigen Ausschuss ist charakteristisch für die inneren Kämpfe, die sich jetzt in der Deutschnationalen Partei abspielen. Als dort am Sonnabend ein Deutschnationaler gegen die Behauptung des Herrn Graefe, daß die Deutschnationalen umfallen werden, protestierte und ebenso eine Bitte abgab, wolle sie die deutschnationale Währungsnotlage nicht nur mit unserem Genossen Reichsminister eingezogen werden, wurde er von dem neben ihm stehenden Fraktionsgenossen Hoersch an die Reichsliste genommen und auf seinen Stuhl zurückgeführt. Herr Hoersch, der Fraktionsführer der deutschnationalen Fraktion, wird hoffentlich, wenn diese Demonstration hätte, sie ist als Angelegen des betroffenen Unfalls zu betrachten. Schließlich aber ist das nicht der einzige Fall, der die deutschnationale Unfähigkeit über die eigene Haltung charakterisiert und sie vor dem In- und Auslande lächerlich macht. Es gibt außer dem Substanz und dem Fall Hoersch genügend andere Beweise, die die Qual der Deutschnationalen um den Ausweg bezeugen. So können wir eine am Sonntag im Auswärtigen Ausschuss geäußerte Rede des Herrn Quatz nur als die Spitze nach dem Unfall des Ausfalls betrachten. Seine Darlegungen lesen darauf hinaus, daß dann die Deutschnationalen unter dem Hinweis auf die „Erfolge“ die zur Berücksichtigung notwendige Anreizmöglichkeit schaffen helfen können, während sie natürlich die anderen kräftigen Gesetze, für die eine einfache Mehrheit genügt, ablehnen. Auch um diese Hoffnung sind die Erfüllungspolitikler Gegenüber Goumar inoffizieller ärmer geworden, da neue Beratungen über das Eisenbahngesetz im Augenblick ausgeschlossen sind.

Was ist nun? Wenn alle Stränge reizen und schließlich auch aus dem Substanz nichts wird, soll die Ablehnung des deutschnationalen Reichstages durch ein parlamentarisches Geschäftlich werden. Man sollte annehmen, daß die Deutschnationalen, wenn ihre Leberzungenstreue gegebenenfalls mit allen parlamentarischen Mitteln Geltung zu verschaffen, um eine „Verflattung“ unseres Volkes“ zu verhindern. Aber es handelt sich hier um ein geringes Wort an Geschäftlich, dann wäre es über alle Zweifel möglich, die Annahme des Gutachtens zu verhindern. Bekanntlich ist die Annahme der Gesetze eine Anreizmöglichkeit der Reichstages voraus. Das wären 30 Abgeordnete, während die Koalitionsparteien und die Sozialdemokraten

Schulz und Cilleßen im Mörderafyl.

Die Anklage zweifelt.

Budapest, 25. August. (Eig. Drahtbericht.)

Die in Budapest in Haft genommenen Deutschen ... Die in Budapest in Haft genommenen Deutschen ...

Nach den Ermittlungen der deutschen Behörden ... Nach den Ermittlungen der deutschen Behörden ...

Appell an das demokratische Europa.

Loede und Wirth an der Interparlamentarischen Konferenz.

Wien, 24. August. (Eig. Drahtbericht.)

In der Gesamtsitzung der Interparlamentarischen Konferenz ... In der Gesamtsitzung der Interparlamentarischen Konferenz ...

Wahlreform in Frankreich.

Paris, 24. August. (Eig. Drahtbericht.)

Der Senat beschloß am Samstag mit 232 gegen 82 Stimmen ... Der Senat beschloß am Samstag mit 232 gegen 82 Stimmen ...

Geldstrafe wegen Verleumdung des Reichspräsidenten ... Geldstrafe wegen Verleumdung des Reichspräsidenten ...

Wahlreform in Frankreich. Die Wahlen in der Zukunft ... Wahlreform in Frankreich. Die Wahlen in der Zukunft ...

Die deutsche Abstraktion. Der Hauptbestand der kapitalistischen ... Die deutsche Abstraktion. Der Hauptbestand der kapitalistischen ...

Wahlreform in Frankreich. Die Wahlen in der Zukunft ... Wahlreform in Frankreich. Die Wahlen in der Zukunft ...

Wahlreform in Frankreich. Die Wahlen in der Zukunft ... Wahlreform in Frankreich. Die Wahlen in der Zukunft ...

Wahlreform in Frankreich. Die Wahlen in der Zukunft ... Wahlreform in Frankreich. Die Wahlen in der Zukunft ...

Wirtschaftspolitik.

Die Beschäftigung der Industrie im Juli.

Die katastrophale Verschlechterung der industriellen Beschäftigung ... Die katastrophale Verschlechterung der industriellen Beschäftigung ...

Obwohl im Juli eine etwas größere Beschäftigung ... Obwohl im Juli eine etwas größere Beschäftigung ...

Die Beschäftigung der Industrie im Juli ... Die Beschäftigung der Industrie im Juli ...

141 320 Tonne Britisches auf Stapel.

Schwere Absatzkrise im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ... Schwere Absatzkrise im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ...

Nach Deutschen Braunkohlen-Industrieberatern wird ... Nach Deutschen Braunkohlen-Industrieberatern wird ...

Reichseinnahmen im Juli.

Die Einnahmen des Reiches aus Zöllen und Steuern ... Die Einnahmen des Reiches aus Zöllen und Steuern ...

Table with 3 columns: Category, July 1924, June 1924. Includes items like Zölle, Steuern, etc.

Am einzelnen beteiligen sich die Einnahmen wie folgt: ... Am einzelnen beteiligen sich die Einnahmen wie folgt: ...

Stille und Verbrauchssteuern ... Stille und Verbrauchssteuern ...

Kali und Kredite.

Die fochten abgeschlossen amerikanischen Kredite in Höhe ... Die fochten abgeschlossen amerikanischen Kredite in Höhe ...

Die fochten abgeschlossen amerikanischen Kredite in Höhe ... Die fochten abgeschlossen amerikanischen Kredite in Höhe ...

Die fochten abgeschlossen amerikanischen Kredite in Höhe ... Die fochten abgeschlossen amerikanischen Kredite in Höhe ...

Die fochten abgeschlossen amerikanischen Kredite in Höhe ... Die fochten abgeschlossen amerikanischen Kredite in Höhe ...

Die fochten abgeschlossen amerikanischen Kredite in Höhe ... Die fochten abgeschlossen amerikanischen Kredite in Höhe ...

Briefkasten.

Der Reichstag ... Der Reichstag ...

Kommunale Rundschau.

Wichtige kommunale Vorgänge.

Am 25. August 1924 findet in Stuttgart der Allgemeine ... Am 25. August 1924 findet in Stuttgart der Allgemeine ...

